

Zehntausende bei Kundgebung gegen Erdogan in Köln

reb. KÖLN, 13. November. In Köln haben am Samstag rund 25 000 Aleviten und Kurden unter dem Motto „Ja zur Demokratie, Frieden und Freiheit – Nein zur Diktatur“ gegen die Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan demonstriert. Mehrere Redner warfen Erdogan Willkür und Missachtung fundamentaler rechtsstaatlicher Prinzipien vor. Die Bundesregierung und die EU forderten die Redner auf, Erdogan zur Abkehr von seiner antidemokratischen Politik zu drängen. Der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands, Frank Überall, sagte mit Blick auf zahlreiche türkische Journalisten, die seit dem gescheiterten Putsch Mitte Juli inhaftiert wurden, Erdogan nehme sich „Urlaub von der Pressefreiheit“. Viele Kollegen, die er in den vergangenen Monaten in türkischen Zeitungs-, Radio- oder Fernsehredaktionen besucht habe, saßen heute im Gefängnis oder seien arbeitslos. Der Vorsitzende der Alevitischen Union Europa, Hüseyin Mat, warf Erdogan vor, die Türkei in einen „diktatorischen, auf dem Fundament der türkisch-islamischen Synthese basierenden, rassistischen Staat“ umbauen zu wollen.

Der Beginn der Redebeiträge musste zunächst mehrfach verschoben werden, weil Demonstranten vor der Bühne auf dem Gelände der ehemaligen Deutzer Werft auch Fahnen mit Zeichen der sowohl in der Türkei als auch in Deutschland als Terrororganisation eingestuft kurdischen Arbeiterpartei PKK hoch gehalten hatten. Einsatzkräfte der Polizei stellten die Fahnen sicher. Am frühen Nachmittag kam es dann außerhalb des Veranstaltungsgeländes zu Zusammenstößen mehrerer hundert junger Kurden mit der Polizei. Durch Flaschen- und Steinwürfe wurden zwei Beamtinnen verletzt.

In Köln finden mittlerweile regelmäßig Kundgebungen von Anhängern und Kritikern des türkischen Präsidenten statt. Im Sommer waren aus dem ganzen Bundesgebiet und angrenzenden Ländern 40 000 türkschstämmige Demonstranten zu einer Pro-Erdogan-Kundgebung auf die ehemalige Deutzer Werft gekommen. Anfang September versammelten sich am selben Ort rund 30 000 Kurden, um gegen die Politik Erdogans und für die Freilassung des Anführers der kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, zu demonstrieren. Am Samstag vor einer Woche waren abermals einige tausend Demonstranten zu einer Protestaktion gekommen, zu der neben dem der PKK nahestehenden kurdischen Dachverband Nav-Dem auch Aleviten, türkische Linke und deutsche Marxisten aufgerufen hatten.

Zerstörtes Land, traumatisierte Menschen

Aus Tschetschenien kommen immer mehr Asylbewerber. Der Herrscher Ramsan Kadyrow schafft dort ein Klima der Angst, das bis Deutschland spürbar ist.

Von Rebecca Barth

BERLIN, im November
Raissa versteckt ihr Gesicht hinter einer übergroßen Sonnenbrille, ihre Haare hat sie mit einem dünnen Tuch bedeckt. Raissa ist nicht ihr richtiger Name. Ihr genaues Alter möchte sie nicht nennen, aber als Kind muss sie beide Tschetschenien-Kriege in den neunziger Jahren miterlebt haben. Seit Beginn dieses Jahres beantragen immer mehr Menschen aus Russland Asyl in Deutschland, die Mehrheit von ihnen kommt wie Raissa aus Tschetschenien. Bis einschließlich Juli zählte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 5785 Asylanträge von Tschetschenen. Im gesamten Jahr 2015 waren es noch 4472. Die Anerkennungsquote ist äußerst niedrig.

Warum die Zahlen gerade jetzt steigen, kann kaum jemand mit Sicherheit erklären. In Tschetschenien herrscht kein Krieg mehr, aber die Menschenrechtslage ist prekär. Die Republik im Nordkaukasus untersteht russischem Recht, doch in der Praxis regiert hier seit 2007 ausschließlich der 39

Jahre alte Ramsan Kadyrow. Raissa ist in Berlin auf dem Weg zur „Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft“ des DDR-Bürgerrechtlers Ekkehard Maaß, bei der tschetschenische Flüchtlinge Unterstützung im Asylverfahren erhalten. Nur hier traut sich Raissa, ihre Geschichte zu erzählen: „Ich wollte eigentlich nicht kommen. Ich habe Angst“, sagt sie. Viele sind wie Raissa. Kaum ein tschetschenischer Flüchtling möchte etwas sagen oder gar seinen Namen nennen. Sie fürchten, zu viele Details ihrer Geschichte könnten sie verraten.

Ramsan Kadyrow hat in Tschetschenien einen Willkürstaat geschaffen. Die Menschen misstrauen einander und verraten sich gegenseitig, auch um nicht selbst gepeinigt zu werden. Den „Kadyrowy“, der Leibgarde des tschetschenischen Oberhauptes, werden von der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ schwere, systematische Folter, Entführung, Erpressung und Mord vorgeworfen. Auch im Exil fürchten Flüchtlinge Kadyrows langen Arm. „Wir organisieren schon gar keine Demonstrationen mehr“, sagt Sarah Reinke von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, die sich seit Jahren mit der Lage in Tschetschenien befasst und viele Flüchtlinge berät. „Keiner traut sich mehr auf die Straße.“

Ramsan Kadyrow drohte kritischen Flüchtlingen öffentlich: „Ich kenne jedes eurer Worte. Wir haben Daten von jedem von euch und wissen, wer ihr seid. Schadet euch nicht selbst!“ Dass Kadyrow nicht nur droht, zeigt der Fall Umar Israilow, der 2009 in Wien auf offener Straße erschossen wurde, vermutlich weil er gegen das tschetschenische Oberhaupt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklagt hatte.



Feindbilder begraben? Für Özdemir ist der Besuch von Dieter Zetsche ein „Hammerkompliment“ – das sehen nicht alle so. Foto: dpa

mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Sie legten sich überdies auf ein Ende der Kohlenutzung in Kraftwerken schon vom Jahr 2025 an fest und beschlossen, die Änderungen und Beschränkungen bei der Produktion von Solar- und Windstrom, welche die aktuelle Bundesregierung in Kraft setzte, wieder aufheben und rückgängig machen zu wollen.

In ihrem Grundsatzantrag zur Sozial- und Steuerpolitik votierten die Grünen neben der Einführung einer Vermögenssteuer für „Superreiche“, ohne diese Vermögenskategorie näher zu definieren. Sie plädierte auch für eine Abschaffung des Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen und eingetragene Partnerschaften sowie für die Aufhebung der Sanktionen für säumige Hartz-IV-Empfänger. In einem weiteren Beschluss bekräftigten sie, das Handelsabkommen Ceta, welches die EU mit Kanada vereinbart hat, solle von den Landesregierungen, an denen Grüne beteiligt sind, im Bundesrat nicht befürwortet werden.

In ihrem Grundsatzpapier zur Religionsfreiheit stellt die Partei jetzt erstmals menschenrechtliche Gebote auf für alle

religiösen Gruppierungen, die um staatliche Anerkennung nachsuchen. Sie müssten bereit sein, „die positive und negative Religions- und Weltanschauungsfreiheit umfassend anzuerkennen“, sie müssten „die Gleichheit von Frauen und Männern, die Rechte von Minderheiten“ ebenso anerkennen wie „demokratische Willensbildungsprozesse“ achten. Sie dürften „alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit ebenso wie Homophobie nirgends dulden“. Die Grünen fällen ein kritisches Urteil über die bestehenden muslimischen Dachverbände in Deutschland: Ditiß, Islamrat, Zentralrat der Muslime und Verband der muslimischen Kulturzentren „erfüllen aus grüner Sicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die vom Grundgesetz geforderten Voraussetzungen an eine Religionsgemeinschaft“.

Gegen diese Forderung hatten einige Landesverbände der Grünen Einwände, da in einigen Bundesländern, in den Grüne Teil der Landesregierung sind, schon Kooperationsverträge mit diesen muslimischen Organisationen geschlossen wurden. Diese Landesverbände setzten

im Grundsatzpapier eine ergänzende Passage durch. Dort heißt es nun, unabhängig von der kritischen Einschätzung der islamischen Verbände seien in einigen Bundesländern in den letzten Jahren Vereinbarungen und Verträge mit verschiedenen Verbänden zu Sachverhalten wie Religionsunterricht, Bestattungswesen, Bildung oder Anstaltsseelsorge geschlossen worden. Die Grünen erkannten dies „ausdrücklich an“ als „Schritte des Respekts gegenüber den muslimisch Gläubigen“.

Die Grünen äußern sich in ihrem Papier auch zu dem von Teilen der CDU geforderten Burka-Verbot. Sie stellen fest, niemand dürfe „Frauen vorschreiben, was sie aus religiösen Gründen anzuziehen haben“. Burka und Niqab seien „Ausdruck einer patriarchalischen, frauenfeindlichen Gesellschaft“. Doch könne man nicht alles verbieten, „was man falsch findet“. Für einige partielle Verschleierungsverbote, etwa zur Identitätsfeststellung oder im Straßenverkehr, gebe es jetzt bereits Regelungen; weitere Einschränkungen wollen die Grünen „einer gründlichen Prüfung“ unterziehen.

tin Anna Politkowskaja von solchen Vorfällen. Sie wurde 2006 in Moskau erschossen, die mutmaßlichen Täter kamen aus Tschetschenien. Im Krieg verschleppten russische Truppen und tschetschenische Helfer mutmaßliche Angehörige von Islamisten, erpressten Geld, folterten und töteten. Heute sind an ihre Stelle die Kadyrowy getreten. „Es ist wie im Krieg, nur ohne Bomben“, ruft Wacha, ein weiterer Flüchtling aus der Runde.

Raissa erzählt weiter: Ihr Bruder habe sich nach „dem ganzen Stress“ in der Türkei erholen wollen. Laut Raissa habe er nach einer Weile angerufen, man solle ihn „hier rausholen“, er werde verfolgt. Dann habe die Familie den Kontakt zu ihm verloren. Raissa sei aber mit ihrer Mutter in die Türkei gereist, um ihn zu suchen. Wie glaubwürdig diese Darstellung ist, lässt sich nicht prüfen. Laut einem Bericht der Internetzeitung „Kawkasskij Usel“ hat sich Raissas Bruder einer Rebellengruppe im Krieg in Syrien angeschlossen. Raissa wisse nicht, was mit ihm geschehen sei, sagt sie. Die Islamisten genießen in Tschetschenien gerade unter jungen Männern Zulauf. Auch die deutschen Sicherheitsbehörden beobachten Flüchtlinge aus dem Nordkaukasus mit Sorge. Der Verfassungsschutz gab im Frühjahr dieses Jahres an, in Brandenburg hielten sich rund 70 Islamisten größtenteils aus dem Nordkaukasus auf.

Zwei brutale Kriege und die Diktatur Kadyrows haben die tschetschenische Bevölkerung enturzelt und zerstört. Durch Extremisten aus dem arabischen Ausland sicherte nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem ersten Krieg die salafitische Ideologie ein. Gegen die Islamisten führten die russischen Streitkräfte in der Folge einen erbarmungslosen zweiten Krieg.

Eine von der Weltgesundheitsorganisation finanzierte Untersuchung kam 2003 zu dem Ergebnis, dass 86 Prozent der tschetschenischen Bevölkerung psychisch oder physisch krank seien. Betreuer tschetschenischer Flüchtlinge berichten noch heute, die Mehrheit der Flüchtlinge sei schwer traumatisiert. „Wir haben dort eine völlig kaputte, kranke und zerstörte Gesellschaft“, sagt Sarah Reinke. Raissa hat eine ganze Mappe mit ärztlichen Attesten mitgebracht. Von Angststörung und Depression ist zu lesen. Sie befindet sich in Behandlung. „Ich habe zweimal versucht, mich umzubringen“, sagt sie. „Ich habe doch kein normales Leben.“

Nachdem sie mit ihrer Mutter aus der Türkei zurückgekehrt war, wurden sie sozial isoliert und konnten ihr Haus nicht mehr verlassen. Die Gemeinschaft hat sie ausgestoßen, vermutlich durch Druck der Sicherheitsorgane. Sippenhaftung widerspricht zwar ebenfalls der russischen Verfassung, doch nach einem Angriff bewaffneter Kämpfer auf die tschetschenische Hauptstadt Grosnyj im Dezember 2014 kündigte Kadyrow an: „Die Zeiten, in denen Eltern nicht für das Handeln ihrer Söhne und Töchter verantwortlich waren, sind vorbei.“ Man werde die Verwandten von Kämpfern aus dem Land jagen und ihre Häuser „mitsamt Fundament“ dem Erdboden gleichmachen. Raissa und ihre Mutter harhten noch eine Zeitlang aus, dann entschieden sie sich zur Flucht.

Das Asylverfahren in Deutschland ist langwierig, ihre psychische Verfassung belastet sie schwer. Als sie die „Deutsch-Kaukasische Gesellschaft“ verlässt, versteckt sie ihr Gesicht wieder hinter der Brille und entfernt sich schweigend von den anderen, als würden sie sich nicht kennen.

Wichtiges in Kürze

„Europa braucht Deutschland“

Der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen hat die Verdienste Deutschlands für den Frieden in Europa gewürdigt. „Wir haben uns für den Weg der Versöhnung entschieden, und Deutschland hat uns den Weg gezeigt“, sagte der Politiker in einer Gedenkstunde zum Volkstrauertag im Bundestag. „Sie haben nicht nur Deutschland wiedervereinigt, Ihre Selbsterkenntnis und Ihre verantwortungsvolle Politik haben dazu beigetragen, Europa zu vereinigen“, sagte Rasmussen. „Europa braucht ein Deutschland, das auch in Zukunft den Weg weist“, betonte der Ministerpräsident. „Gleichwohl dürfen wir nicht glauben, wir hätten die Geschichte leichtfertig hinter uns gelassen“, mahnte Rasmussen. Krieg und Vertreibung blieben aktuell. Rasmussen war vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu der Feierstunde eingeladen worden, um an die Flucht von Hunderttausenden deutschen Vertriebenen nach Dänemark am Ende des Zweiten Weltkrieges zu erinnern. (epd)

Minister tritt zurück

In Sachsen-Anhalt hat Wirtschaftsminister Jörg Felgner seinen Rücktritt erklärt. Er wolle damit Schaden von seiner Partei und seinem Amt abwenden, teilte der 44 Jahre alte SPD-Politiker am Sonntagmittag mit. Felgner war erst seit Ende April Minister. Zu vor war er Staatssekretär des früheren Finanzministers Jens Bullerjahn. In dieser Funktion soll Felgner trotz Warnungen der Ministerialbeamten Beraterverträge in Millionenhöhe am Landtag vorbei vergeben haben. Entsprechende Vorwürfe wurden in Sachsen-Anhalt schon seit dem Sommer kontrovers diskutiert, auch in Reihen der schwarz-rot-grünen Regierungskoalition. Felgner, der selbst auch in die SPD-internen Machtkämpfe nach der Wahl involviert war, fehlte dabei auch zusehends der Rückhalt in der eigenen Partei. Am Freitag hatte schließlich auch der SPD-Landesvorsitzende Burkhard Lischka dem Wirtschaftsminister einen Rücktritt nahegelegt. (bin.)

Kubicki wird Spitzenkandidat

Spitzenkandidat der FDP in Schleswig-Holstein für die Landtagswahl im Mai des nächsten Jahres ist Wolfgang Kubicki. Er erhielt auf der Landesvertreterversammlung in Neumünster am Samstag 99 Prozent der Stimmen. Der 64 Jahre alte Kubicki, der auch stellvertreter Bundesvorsitzender seiner Partei ist, wurde zum siebten Mal in Serie zum Spitzenkandidaten für Landtagswahlen bestimmt. Kubicki soll auch Spitzenkandidat für die Bundestagswahl im nächsten Jahr werden. In Kiel will die FDP wieder an die Macht. Kubicki sagte, seine Partei präferiere ein Dreierbündnis mit CDU und SPD, aber auch ein Bündnis mit Grünen und Grünen solle nicht ausgeschlossen werden. Derzeit regiert in Kiel mit einer Stimme Mehrheit ein Bündnis aus SPD, Grünen und Südschleswigischem Wählerverband (SSW). (F.P.)

Dodon in Moldau vorn

Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt in der früheren Sowjetrepublik Moldau hat sich am späten Sonntagabend der Wahlkommission zufolge ein Sieg des russlandfreundlichen Kandidaten Igor Dodon abgezeichnet. Nach der Auszählung von 92 Prozent der Stimmen liege der Sozialist mit 55,9 Prozent in Führung, teilten die Behörden in der Hauptstadt Chisinau mit. Der prowestlichen Politikerin Maia Sandu sprach die Wahlleitung örtlichen Medien zufolge 44,1 Prozent zu. Aussagekräftige Ergebnisse sollen an diesem Montag vorliegen. (dpa)

Anschläge in Russland geplant?

Russlands Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben zehn Männer festgenommen, die in Moskau und Sankt Petersburg Terroranschläge nach dem Vorbild der Pariser Anschläge vom November 2015 geplant haben sollen. Es gebe Hinweise, dass die mutmaßlichen Angehörigen der Organisation „Islamischer Staat“ (IS) mit Sprengsätzen und Maschinengewehren unter anderem zwei Einkaufszentren angreifen wollten, berichtete die russische Regierungszeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Sonntag. Demnach stammten die Festgenommenen aus den islamisch geprägten früheren Sowjetrepubliken Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan in Zentralasien. (dpa)

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungs herausgeber Erich Welter 1

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung und Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzen: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Arno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.); Dr. Julia Voss (stv.); für Literatur und Literarischen Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h. c. Heike Schmolli; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaftler: Dr. Lorenz Jäger; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue

Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Christian Pohler; CHEF VON DIENST: Dr. Elena Geus; GRAFISCHE GESTALTUNG: Johannes Janssen; INFORMATIONSGRAFIK: Thomas Heumann.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Burkhard Petzold.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth.

Anzeigenpreisliste Nr. 76 vom 1. Januar 2016 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2016 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 62,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 69,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 31,40 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulzeitung 31,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 36,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 71,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zusätzlich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 44,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 30,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 1,80 €; der digitalen

F.A.S. 3,20 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die FAZ erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der FAZ GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunfts erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Antliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abbonentenservice: 01 80 -2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www.faz.net/leserportal. Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main; BIC: BFSW3333; IBAN: DE58 5001 0060 0091 9396 04; BIC: BFSW3333